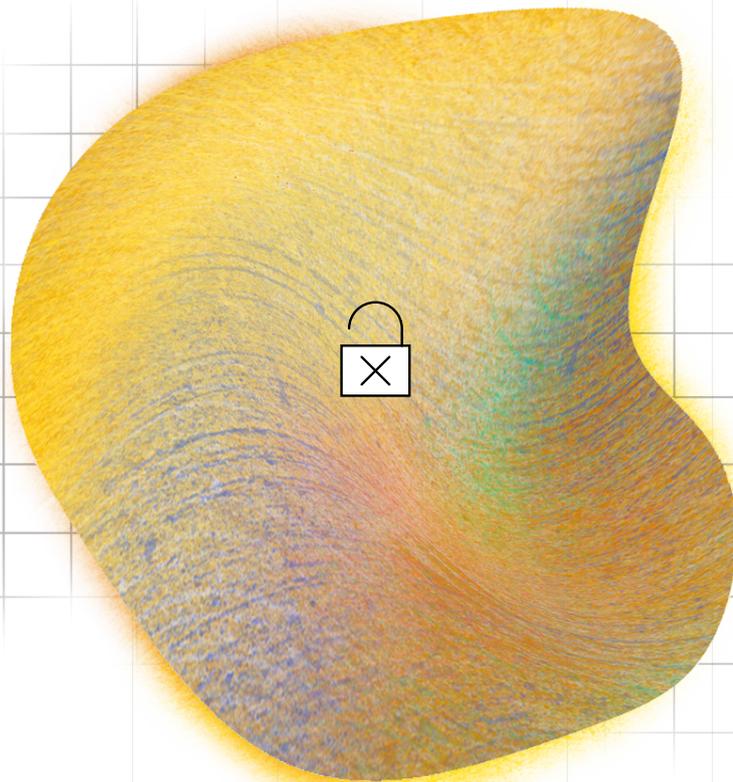


upgrade democracy

Ergebnisbericht • Juli 2024



Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit in 2035

Johannes Gabriel, Marcel Hadeed

Vorwort

Lieber Leserinnen und Leser,

wir leben in einer Zeit des rasanten Wandels und der stetigen Veränderung – es kostet Mühe die Gegenwart zu erfassen und Schritt zu halten; für einen vorausschauenden Blick in die Zukunft bleibt kaum genug Gelegenheit. Das geht, so beobachten wir es, auch den Entscheider:innen in Politik und Gesellschaft so, die vor allem damit beschäftigt sind sich mit den Folgen vergangener Probleme zu befassen, anstatt sich zukünftigen Herausforderungen zu stellen. Die Digitalisierung ist bereits heute ein disruptiver Faktor. Sie verändert, wie wir leben, wie wir miteinander sprechen, wie wir uns informieren und uns Meinungen bilden. Sie verändert unsere Öffentlichkeit und unseren öffentlichen Diskurs – beides zentral für die Demokratie, in der wir leben. Wir müssen uns sowohl als einzelne Personen im Alltag an diese Bedingungen anpassen, als auch die Art und Weise, wie wir Politik betreiben und politische Diskurse führen, auf diese neuen Realitäten hin ausrichten. Eine Möglichkeit, die Zukunft zu erkunden und diese Anpassungen vorzunehmen, ist strategische Vorausschau (Strategic Foresight), eine strukturierte Methode, die von Expert:innen geleitet wird.

Um in der aktuellen Politikgestaltung rund um digitale Technologien und Demokratie einen Blick in die Zukunft zu ermöglichen, ist solcher Prozess hilfreich. Getrieben vom rasanten Wandel, bleibt politischen Entscheidungsträger:innen oft nur auf die Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung ergeben zu reagieren. Proaktiv Prozesse zu gestalten oder Chancen frühzeitig wahrzunehmen, oder gar zu nutzen, gelingt leider allzu selten. Mit dem von uns initiierten Prozess, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dieser Situation entgegenzuwirken. Denn: Nur wer heute über mögliche Zukünfte nachdenkt, ist auch in der Lage, die nächsten 10 – 15 Jahre aktiv zu gestalten.

Mit einer interdisziplinären Gruppe aus den Bereichen Technologie, Medien, Politik, Forschung und Zivilgesellschaft haben wir uns auf ein Gedankenexperiment eingelassen und erkundet, wie digitale Technologien die demokratische Öffentlichkeit in den nächsten 10 bis 15 Jahren verändern *könnten*. Im vorliegenden Ergebnisbericht finden Sie eine umfassende Dokumentation dieses kollektiven Prozesses. Darüber hinaus illustrieren wir in einem weiteren [Policy Brief](#) unsere Reflektion über die Ergebnisse vor dem Hintergrund möglicher Handlungsoptionen für die Politik.

Die Dokumentation der Ergebnisse dieses gemeinschaftlichen Prozesses finden Sie im Ergebnisbericht. Das vorliegende Policy stellt hingegen unsere Reflektion der Ergebnisse vor dem Hintergrund von Handlungsoptionen für Politik dar.

Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich bei unseren Expert:innen Carolin von Bredow (*Responsible Technology Hub*), Christian Mihr (*Reporter ohne Grenzen*), Gerret von Nordheim (*DER SPIEGEL*), Hannah Bergmann (*DigitalService*), Henriette Litta (*Open Knowledge Foundation*), Iwan Ittermann (*opinio*), Katharina Bonnenfant (*Auswärtiges Amt*), Lisa Hollenbach (*Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*), Philip Husemann (*JoinPolitics*), Philipp Lorenz-Spreen (*Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*), Thorsten Thiel (*Universität Erfurt*),

Olaya Argüeso Pérez (*CORRECTIV*) sowie unserer Kollegin Cathleen Berger (*Bertelsmann Stiftung*) bedanken. Ein weiterer Dank gilt Johannes Gabriel und Marcel Hadeed von *Foresight Intelligence*, die uns durch diesen komplexen Prozess geführt haben.

Wir wünschen eine spannende Lektüre, die zum Nachdenken anregt und inspiriert.



Kai Unzicker



Charlotte Freihse

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Unser Vorausschau-Prozess	7
3	Drei explorative Szenarien	11
	3.1 Grünes Szenario: Deliberative Renaissance	13
	3.2 Rotes Szenario: Der virale Staat – like and subscribe to our narrative!	18
	3.3 Gelbes Szenario: Das smarte Volksheim	23
4	Die Szenarien im Vergleich	28
5	Beurteilung der Szenarien aus Sicht deutscher und europäischer Entscheidungsträger:innen	31
6	Strategische Optionen	34
	6.1 Stärkere Anreize für bürgerliches Engagement für Demokratie schaffen	35
	6.2 Partizipative Regulierung digitaler Diskurse einführen	36
	6.3 Unabhängige Kontrollinstanz von Regulierungsvorhaben des digitalen Raumes gründen	37
	6.4 Zukunftsfähige Finanzierungsmodelle für Journalismus im digitalen Zeitalter sicherstellen	38
7	Anhang	40
	Abkürzungen	41
	Teilnehmendenliste	41
	Faktorenliste	41
	Impressum	44



1 Einleitung

Ergebnisbericht • Juli 2024

1 – Einleitung

Szenarien sind Gedankenexperimente, die mögliche Zukünfte vorstellbar machen und uns bei der Planung oder beim Gestalten der Zukunft helfen. Explorative Szenarien dienen dabei der generellen Erkundung des Raumes denkbarer Zukunftsentwicklungen. Sie helfen, alt-eingesessene Denkweisen und vermeintliche Wahrheiten zu hinterfragen und Denkanstöße zu möglichen Entwicklungen zu geben. Explorative Szenarien sind nicht notwendigerweise wahrscheinlich, sondern zeichnen sich meist gerade dadurch aus, dass sie gegenwärtig als eher unwahrscheinlich wahrgenommen werden. Sie erlauben uns, die Zukunft klarer in Form von Alternativentwicklungen zu sehen und robuste Handlungsoptionen zu entwickeln.

Die hier beschriebenen Szenarien behandeln das Thema „Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit in 2035“.¹ Im Mittelpunkt stehen die Wechselwirkungen von Digitalisierung, politischen Diskursen und demokratischer Praxis, Teilhabe und Institutionen. Wie verändern sich der gesellschaftliche Diskurs und die demokratische Öffentlichkeit im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung? Einige relevante untergeordnete Fragen, die das Projekt zu beantworten versucht, zeigen beispielhaft die Komplexität dieses Zusammenhangs:

- **Wie könnte die Digitalisierung demokratische Prozesse verändern?**
- **Wo bieten sich neue Möglichkeiten für Teilhabe? Und wo verschieben sich Machtverhältnisse?**
- **Wie könnten digitale Technologien die demokratische Öffentlichkeit und Meinungsbildung verändern?**
- **Wie könnte die Politik die technologischen Entwicklungen aktiver mitgestalten?**

Im folgenden Kapitel wird die Methodik dieses Vorausschau-Prozesses skizziert. Das dritte Kapitel stellt die Szenarien vor. Kapitel vier analysiert die Szenarien vergleichend mit Blick auf wünschenswerte und bedrohliche Aspekte sowie auf Entwicklungstreiber. Kapitel fünf stellt vier strategische Handlungsoptionen vor, die sich eignen, bereits heute mit der zielgerichteten Gestaltung der Zukunft zu beginnen – trotz ungewisser Alternativentwicklungen.

¹ Die Öffentlichkeit beschreibt den für die Allgemeinheit offenen und zugänglichen gesellschaftlichen Bereich. Sie beinhaltet die Transparenz politischer Entscheidungen, die durch Medien hergestellt wird, und ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Kontrolle politischer Macht. In pluralistischen Gesellschaften existiert nicht eine, sondern eine Vielzahl an Öffentlichkeiten ([BPB, Politiklexikon](#)).

2

Unser Vorausschau- Prozess

2 – Unser Vorausschau-Prozess

Das Projekt hat zum Ziel, explorative Szenarien zu entwickeln und durch ihre Analyse wichtige Erkenntnisse für die Gegenwart abzuleiten. Auf dieser Analyse aufbauende Handlungsoptionen richten sich an Politik und Fachpublikum und sollen eine zukunftsgerichtete Diskussion befruchten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden 13 Expert:innen (von uns Foresight-Fellows genannt) mit Blick auf die Vielfalt der fachlichen Expertise ausgewählt ([siehe Liste im Anhang](#)). Innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten fanden drei zweitägige Workshops mit den Fellows statt, in denen die Szenarien entwickelt und die Handlungsoptionen formuliert wurden.

Dem ersten Workshop ging eine Umfrage voraus, in der Teilnehmende eine Vielzahl von Ideen für Einflussfaktoren auf digitale Diskurse und die demokratische Öffentlichkeit identifizierten. Diese wurden zusammengefasst, geordnet und im ersten Workshop anhand der Vorhersehbarkeit ihrer Entwicklung und ihrer Wirksamkeit auf das Thema bewertet. Aus allen Einflussfaktoren wählten die Teilnehmenden nach der Analyse drei sehr wirkungsstarke und in ihrer Entwicklung relativ vorhersehbare Faktoren als Trends („Folgen des Klimawandels“, „Konfliktives geopolitisches Umfeld“, „Technologische Entwicklung“) sowie neun ebenfalls sehr wirkungsstarke, aber in ihrer Entwicklung sehr ungewisse Faktoren als sogenannte Schlüsselfaktoren für die weitere Verwendung in der Szenarienkonstruktion aus:

- 1 Vertrauen der Bürger:innen in staatliche und demokratische Institutionen
- 2 Einfluss von antieuropäischen Haltungen in der Europäischen Union (EU)
- 3 Effektivität der Regulierung des digitalen Raumes (bspw. Hassrede, künstliche Intelligenz, Urheberrecht)
- 4 Art der Regulierung des digitalen Diskurses
- 5 Empfundene Wohlstandsverteilung in Deutschland
- 6 Wirksamkeit einer vielfältigen Zivilgesellschaft
- 7 Reichweite des (inhärent qualitativ hochwertigen) Journalismus
- 8 Qualität der politischen Informationen
- 9 Geschäftsmodelle der Intermediäre

Zu jedem Schlüsselfaktor definierten die Teilnehmenden im sich anschließenden Schritt alternative Annahmen über den Zustand des Faktors im Jahr 2035 – sogenannte Projektionen. Die Herausforderung bei der Entwicklung von Projektionen für einen Schlüsselfaktor ist eine doppelte: Zum einen sollten sich Projektionen gegenseitig ausschließen, sodass sie klar voneinander abgrenzbare Annahmen über den Zustand im Jahr 2035 wiedergeben. Zum anderen sollten Projektionen nicht willkürlich gesetzt werden, sondern ein Spektrum wiedergeben und somit einer inneren Logik folgen. So entschieden sich die Teilnehmenden etwa dafür, den Schlüsselfaktor „Art der Regulierung des digitalen Diskurses“ hinsichtlich Art und Zielsetzung der Regulierung des digitalen Diskurses auf einem Spektrum von repressiv bis liberal zu fokussieren. Tabelle 1 stellt alle Projektionen je Schlüsselfaktor übersichtlich dar.

Schlüsselfaktor	Projektion A	Projektion B	Projektion C	Projektion D
Vertrauen der Bürger:innen in staatliche und demokratische Institutionen	Reflektiertes Vertrauen	Naives Vertrauen	Radikales Misstrauen	Apathisches Misstrauen
Einfluss von antieuropäischen Haltungen in der Europäischen Union	Antieuropäer:innen haben keinen Einfluss	Antieuropäer:innen bestimmen mit	Antieuropäer:innen haben entscheidenden Einfluss	
Effektivität der Regulierung des digitalen Raumes (bspw. Hassrede, künstliche Intelligenz, Urheberrecht)	Effektiv	Nicht effektiv		
Art der Regulierung des digitalen Diskurses	Repressiv	Liberal		
Empfundene Wohlstandsverteilung in Deutschland	Empfundener Wohlstand / gute Lebensverhältnisse für wenige	Gute Lebensverhältnisse werden von vielen als fragil wahrgenommen	Empfundener Wohlstand / gute Lebensverhältnisse für viele	
Wirksamkeit einer vielfältigen Zivilgesellschaft	Wirksame Zivilgesellschaft	Wirkungslose und schwache Zivilgesellschaft	Volatile Zivilgesellschaft	
Reichweite des (inhärent qualitativ hochwertigen) Journalismus	Hoch	Gering		
Qualität der politischen Informationen	Hoch	Gering		
Geschäftsmodelle der Intermediäre	Dominanz des Abo-Modells	Allgegenwärtige personalisierte Werbung	Überwiegend Creator Economy (Patreon+)	(Öffentliche, Drittmittel-, stiftungsfinanzierte) Ausschüttung

Tabelle 1: Übersicht der Schlüsselfaktoren und Projektionen

Der zweite Workshop galt der Konstruktion und Entwicklung der Szenarien. Den gesamten ersten Tag befasste sich die Gruppe mit der Frage, welche Kombinationen von Projektionen besonders konsistent, das heißt logisch widerspruchsfrei sind. Hierzu wurde sowohl eine softwaregestützte Konsistenzanalyse als auch eine morphologische Analyse durchgeführt. Bei letzterer handelt es sich um eine moderierte Diskussion, in der die Gruppe schrittweise ein konsistentes Bündel von Projektionen (ein sogenanntes Rohszenario) entwickelt. Die Rohszenarien wurden dann zu Szenarienbeschreibungen ausgearbeitet, bestehend aus einer umfassenden und recht konkreten Beschreibung des Zustandes „digitaler Diskurse und demokratischer Öffentlichkeit“ im Jahr 2035 (Bild der Zukunft) und aus einem Entwicklungspfad dahin (Geschichte der Zukunft). Diese wurden im Nachgang an den

Workshop verschriftlicht und bei einem Validierungstermin von externen Expert:innen kritisch diskutiert und auf Implausibilitäten und weiße Flecke geprüft.

Im dritten Workshop analysierten Teilnehmende die Szenarien aus Perspektive deutscher und europäischer Politikplaner:innen und Entscheidungsträger:innen, die die Hauptzielgruppe dieses Projektes bilden. Die Teilnehmenden erarbeiteten zunächst für jedes einzelne Szenario strategische Handlungsoptionen, die einerseits dem proaktiven Herbeiführen von wünschenswerten Entwicklungen und der Vorbereitung auf sich in dem jeweiligen Szenario bietende Gelegenheiten dienen, andererseits aber auch den ungünstigen Entwicklungen vorbeugen oder die Abwehr von im jeweiligen Szenario beschriebenen Gefahren erleichtern sollten. Alle szenariospezifischen Handlungsoptionen wurden abschließend so weiterentwickelt, dass sie nicht nur dann einen Nutzen entfalten können, wenn das für sie passende Szenario eintritt, sondern auch unter den Bedingungen der jeweils anderen Szenarien. Auf diese Weise entwickelten die Teilnehmenden eine Reihe von robusten Handlungsoptionen, die deutsche und europäische Entscheider:innen heute nutzen könnten, um die ungewisse Zukunft zielgerichtet zu gestalten.

Die Ergebnisse dieses Prozesses werden in Transferworkshops im Jahr 2024 mit relevanten Stakeholdern der Zielgruppe diskutiert. Dabei geht es insbesondere darum, Handlungsfelder aufzuzeigen und politische Entscheider:innen für spezifische Entwicklungen zu sensibilisieren. In den folgenden Kapiteln werden die erarbeiteten Szenarien und die strategischen Optionen beschrieben.

3

Drei explorative Szenarien

Ergebnisbericht • Juli 2024

3 – Drei explorative Szenarien

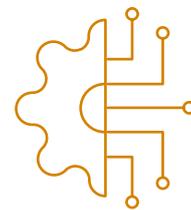
Die hier beschriebenen Szenarien sind drei von vielen möglichen. Sie wurden von den Teilnehmenden ausgewählt, weil sie einen hohen Grad logischer Konsistenz aufweisen, sich sehr deutlich voneinander unterscheiden und zudem als sehr bedenkenswert anerkannt wurden, weil sie über vereinfachte und meist bereits viel diskutierte Szenarien² hinausgehen und dabei Unerwartetes offenbaren und ein Licht auf ambivalente, aber sehr plausible Entwicklungsmöglichkeiten werfen. Trotz ihrer Verschiedenheit teilen sie gleiche Annahmen über drei im vorherigen Schritt ausgewählte Trendentwicklungen. Zur Erinnerung, diese waren:



Die Folgen des
Klimawandels werden
zunehmen



Das geopolitische Umfeld
wird weiterhin mindestens
konfliktiv bleiben



Technologische
Entwicklungen werden
weiter voranschreiten

Innerhalb dieser Parameter bieten die hier beschriebenen Szenarien facetten- und erkenntnisreiche Illustrationen plausibler Zukünfte.

² Bei diesen handelt es sich häufig um 1.) die Übertragung des Status quo in das Jahr 2035, 2.) den Bestfall, der der Summe von ausschließlich wünschenswerten Annahmen entspricht, und 3.) das Disaster-Szenario, das ausschließlich der Summe von Annahmen über den schlimmsten Fall entspricht.



3.1 – Grünes Szenario: Deliberative Renaissance

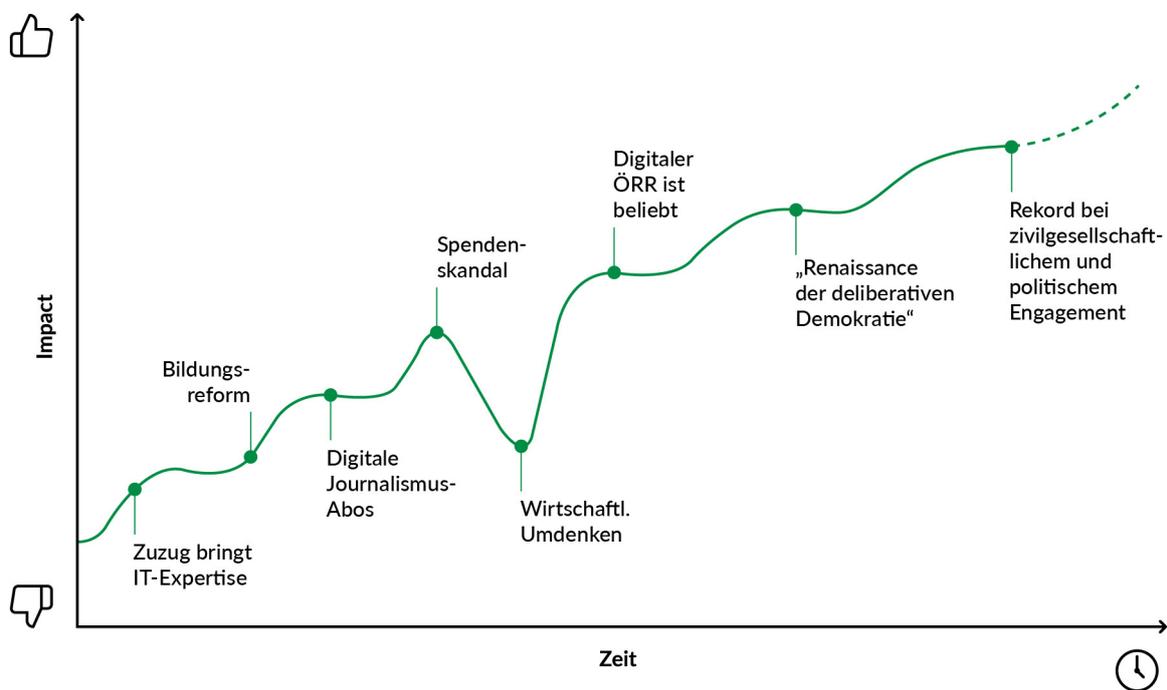


Abbildung 1: Digitalisierung und ökosoziale Nachhaltigkeit bringen diskursive Blütezeit (© Bertelsmann Stiftung)

Zuzug von IT-Expert:innen, künstliche Intelligenz und neue Regulierung ermöglichen digitale Innovationen in Wirtschaft, Bildung und Journalismus

Ab 2024 erfährt Deutschland durch den großen Zuwachs von IT-Spezialist:innen einen Innovationsschub. Im Frühling 2024 sorgen Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan zu wiederkehrenden Seeblockaden der Insel. Viele Taiwaner:innen überlegen zu emigrieren. Die EU schließt auch ein Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte mit technologischem Know-how ab. Auch aus Israel wandern immer mehr techversierte Menschen ein, um der Instabilität im Nahen Osten zu entgehen. Sie bringen neben technischer Expertise auch Unternehmergeist und Innovationskraft mit und stärken durch die Beflügelung von High-tech-Sektoren den Zukunftsstandort Deutschland. Insgesamt gibt es eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik hin zu einer massiven Ausweitung der Migration auch aus anderen Weltregionen - ausgelöst durch den immer mehr fühl- und messbaren Fachkräftemangel,

der sich durch die demografische Schieflage langfristig mit großer Sicherheit immer weiter verschärfen wird.

Innenpolitisch rückt in Deutschland die Bildungspolitik in den Vordergrund. Der Lehrer:innenmangel verschlimmert sich weiter – in 2024 findet in deutschen Sekundarstufen weniger als 70 Prozent des Unterrichts statt, immer weniger junge Menschen entscheiden sich, Lehrer:innen zu werden. Branchen-, Arbeitgeber:innen-, Lehrer:innen- und Elternverbände

Die Reform des Bildungssystems stärkt Medienkompetenz und Civic Culture unter Jugendlichen.

bauen massiven Druck auf die Regierung auf, die eklatanten Missstände endlich effektiv anzugehen. Der „Bildungswumm“ der Ampel setzt auf drei Säulen: 1.) Die Lehrer:innen-Ausbildung wird vereinheitlicht und reformiert, 2.) Bürokratieabbau für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften und Quereinsteiger:innen und 3.) künstliche Intelligenz (KI) soll gezielt für personalisierte Tutor:innen und zur Überwindung von Sprachbarrieren eingesetzt werden. Die Reformen sollen bis zum Schuljahr 2026 / 27 breitflächig umgesetzt sein. Sie gehen einher mit einer vom Bundesrat initiierten Neuausrichtung der Schulbildung – weg vom Auswendiglernen, hin zu Fähigkeiten mündiger Bürger:innen, wie digitale und Medienkompetenz oder (selbst-)kritische Reflexion. Die gebündelten Interessen der Zivilgesellschaft sowie von Bundes- und Landesregierungen überwinden schließlich die Beharrungskräfte des trägen Bildungssystems.

Verbunden mit diesem Wandel stellt die Bundesregierung zwei weitere große Gesetzesvorhaben vor: Erstens sieht eine im Koalitionsvertrag angekündigte Reform des Wahlrechts vor, dass Bürger:innen ab dem 16. Lebensjahr an Bundestagswahlen teilnehmen dürfen;

Reformen zur Transparenz und Interoperabilität von Algorithmen und Plattformen.

sie soll bereits zur Bundestagswahl im Herbst 2025 in Kraft treten. Zweitens setzt die Bundesregierung den Digital Services Act (DSA) konsequent und proaktiv um, wodurch Plattformen verpflichtet sind, ihren Rankingalgorithmen neben monetären auch soziale und deliberative Optimierungsziele vorzugeben und die Zieloptimierung transparent zu machen. Des Weiteren wird mit neuen Regulierungen zur Interoperabilität der Wettbewerb gestärkt, denn die Nutzenden sollen in Zukunft problemlos mitsamt ihrer Reichweite und ihren Inhalten zwischen den Plattformen wechseln können.

KI spielt nicht nur in der Bildung, sondern nun auch im Journalismus eine immer wichtigere Rolle. Das News-Geschäft ist weitestgehend automatisiert und personalisiert. Journalist:innen können sich fortan auf (Investigativ-)Recherchen, Meinungsbeiträge und das Kuratieren von Inhalten konzentrieren. Einerseits erlauben sinkende Produktionskosten und lukrative Vereinbarungen mit KI-Firmen Verlagshäusern, ihre Abonnements preiswerter anzubieten. Andererseits ergattern erste verlagsübergreifende Abo-Modelle, wie „Newsify“, 2026 erstmals signifikante Marktanteile. Diese Entwicklungen stoßen einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess in den Geschäftsmodellen von Intermediären an und sorgen für eine

KI verändert Geschäftsmodelle im Journalismus grundlegend. Medienabos sind günstig und beliebt.

Ausdifferenzierung entlang von Themen und Regionen sowie entlang der Medien (von Zeitung zu TikTok). Auf diese Weise erreicht qualitativ hochwertiger Journalismus wieder größere Teile der Bevölkerung.

Wirtschaftliches Umdenken und gesellschaftlicher Wandel treiben sich gegenseitig an

Das schwarz-rote Kabinett, das aus der Bundestagswahl 2025 hervorgegangen ist, wird im April 2027 durch einen Parteispenskandal bis ins Mark erschüttert. In verdeckt aufgezeichneten Gesprächen zeigen sich mehr als 20 Abgeordnete bereit, gegen große Summen von einem Unternehmen der Mobilitätsbranche die CO₂-Preisentwicklung in der EU drastisch zu bremsen. Die Bundesminister:innen der SPD treten geschlossen zurück, und es kommt im Oktober zu Neuwahlen. Zur Wahl stellen sich viele junge, progressive und vor allem der Jugend gut über das Netz bekannte Politiker:innen mit dem „Wahlbündnis Umschwung“ zur Wahl. Sie fordern eine neue Wirtschaftspolitik: weg von Wachstum, hin zu Nachhaltig- und Sinnhaftigkeit. Durch ihre agilen Kampagnen, insbesondere bei TikTok, Discord und Instagram, sprechen sie junge Menschen deutlich effektiver an als andere Politiker:innen.

Spendenskandal bringt Neuwahlen in 2027. Progressive Stimmen fordern Umdenken in der Wirtschaftspolitik.

Auch für das beschuldigte Unternehmen hat der Skandal Konsequenzen. Mit Verweis auf moralische Bedenken und den CO₂-Ausstoß des Unternehmens schlagen die Gründerkinder ihr Erbe aus und schließen sich dem Giving Pledge an, der dadurch an Momentum gewinnt.

Der Giving Pledge wurde 2010 von Warren Buffett sowie Melinda und Bill Gates ins Leben gerufen. Durch ihn versprechen Milliardär:innen, einen Großteil ihres Vermögens an gemeinnützige Zwecke zu spenden.

Der Skandal löst ökosozialen Wettbewerb unter Unternehmer:innen aus.

Auch die Erb:innen anderer großer Unternehmerfamilien geben Pläne bekannt, ihr Vermögen in den Dienst der Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls zu stellen. Das stößt ein Umdenken in vielen Unternehmensspitzen an, die ihre Ziele neu und ökosozialer ausrichten.

Dieser „deutsche Patagonia-Moment“ trägt dazu bei, dass ein Umdenken der Belegschaft stattfindet, die vor allem von den 45- bis 65-Jährigen repräsentiert wird. Die Bundestagswahl 2029 ist richtungsweisend: Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Umdenkens in den Betrieben sowie neuer Hitze- und Dürrekorde in den Jahren 2027 und 2028 dominiert das Thema „Ökosoziale Nachhaltigkeit“ den Wahlkampf. Die Wahlbeteiligung der 16- bis 24-Jährigen steigt um mehr als 25 Prozentpunkte auf 96 Prozent. Im Ergebnis werden CDU und SPD abgestraft und die AfD scheitert an der Fünfprozenthürde. „Umschwung“ hingegen erhält überraschend 19 Prozent und ist damit die zweitstärkste Kraft. In der neuen, grün-geführten Regierung bekleiden sie das Wirtschafts- und das Innenministerium. Arbeitnehmer:innenverbände erstreiten erfolgreich eine Kopplung von Produktivität und Arbeitszeit. Im Jahr 2029 nehmen Vollzeitstellen durchschnittlich nur noch 30 Wochenstunden in Anspruch. Viele Arbeitnehmer:innen nutzen die neu gewonnene Zeit für Kunst, Kultur und vor allem auch für ein Ehrenamt.

Die Bundestagswahlen 2029 bringen neue ökosoziale Wirtschaftspolitik.

Digitale Diskurse werden inklusiv und konstruktiv, die politische Öffentlichkeit wird kompetent

Ende der 2020er-Jahre hat sich der Journalismus deutlich gewandelt. Große Verlagshäuser sind die Ausnahme. Stattdessen finden sich die meisten Journalist:innen in sehr spezialisierten oder regionalen Interessengemeinschaften zusammen, die durch langjährige Auseinandersetzung mit den gleichen Themen einen inhaltlichen und monetarisierbaren Mehrwert für die öffentliche Debatte schaffen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) ist im digitalen Zeitalter angekommen und wird zu einem öffentlich-rechtlichen Ökosystem im Netz. Dabei profitiert er von der – durch die Regulierungsoffensive des Jahres 2024 ausgelöst – Transparenz der Algorithmen, die bestimmen, wer welche Inhalte angezeigt bekommt. Die Inhalte akkreditierter Journalist:innen werden de facto mit einem Gütesiegel versehen, was sie auch in den sozialen Medien gut platziert. Die Überarbeitung des Rundfunkstaatsvertrags bezüglich der Online-Angebote des ÖRR mit dem Zielgedanken eines Ökosystems ermöglicht eine bessere Integration der Inhalte und neue Kooperationsmöglichkeiten mit digitalen Akteur:innen. So schafft es der ÖRR, sich ein breites Publikum unter jungen Erwachsenen und Jugendlichen aufzubauen.

Journalist:innen arbeiten in losen, spezialisierten Gemeinschaften. Der digitale ÖRR ist beliebt.

Das Jahr 2030 wird von einigen Beobachter:innen als „Renaissance der deliberativen Demokratie“ gefeiert. Die vor Jahren angestoßene Bildungsreform trägt Früchte, was sich in hohen Wahlbeteiligungen sowie informierten und (digital-)medienkompetenten Bürger:innen ausdrückt. Die Regulierung von Optimierungsalgorithmen und die Interoperabilität von Plattformen fördern differenzierte Betrachtungsweisen statt Aufmerksamkeitsmaximierung durch das Vorhalten extremer negativer Inhalte. Dies fördert aktive, konstruktive, generationenübergreifende Debatten in digitalen Diskursräumen. KI-basierte Simultanübersetzung (nicht nur im Netz, sondern auch in tragbaren Geräten wie Ohrknöpfen oder Kopfhörern) reißt zudem Sprachbarrieren ein. Interkultureller Dialog und Integration verbessern sich dadurch merklich. Ein Meilenstein ist die Reform des passiven Wahlrechts: Fortan können auch Personen mit langfristigem Aufenthaltsrecht Bundesminister:innen werden.

2030 zeichnet sich durch eine vitale digitale Deliberationskultur und steigendes Engagement aus. Diskursräume sind inklusiv und konstruktiv.

In der ersten Hälfte der 2030er-Jahre steigt das gesellschaftliche und politische Engagement konstant. Nicht nur das in 2032 verabschiedete Ökologisch-Soziale Jahr, sondern auch neue Möglichkeiten der Partizipation – etwa in einem der 100 Bürger:innenräte – sowie die neu gewonnene Zeit vieler Arbeitnehmer:innen eröffnen Chancen zur aktiven Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, die von vielen genutzt werden.

In 2035 ist Deutschland ein regelrechtes Integrationswunder gelungen, mit dem nur eine Dekade zuvor kaum jemand gerechnet hätte. Unter anderem, weil technische Lösungen zur Diskursmoderation effektiv und ethisch reflektiert zum Wohle aller eingesetzt werden: Die deutsche Gesellschaft ist medienkompetent und genießt breitflächigen Zugang zu hochwertigem Journalismus und politischen Informationen. Die staatliche Förderung von nicht profitgetriebenen Algorithmen, Open-Source-Quellen, interoperablen Plattformen

und aktivierender Moderation für politische Diskursräume zahlt sich aus. Das Vertrauen in die Politik ist groß, und viele Menschen engagieren sich gesellschaftlich und politisch, denn dafür gibt es Zeit und Wertschätzung. Eine Wirtschaft der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit lässt viele Menschen zeit- und wirtschaftlichen Wohlstand empfinden.

In 2035 wird in Deutschland gut reguliert, gut informiert und gut diskutiert.

Gelegenheiten	Gefahren
Migration wird positiv bewertet und als Bereicherung gesehen	
Digitale Neuausrichtung des Mediensystems garantiert dessen Zukunftsfähigkeit	
„Patagonia-Moment“ führt zu Entpolarisierung und Wohlstandsverteilung	
Mehr junge Menschen sind aktiv beteiligt und technisch versiert	
Effektive Umsetzung des DSA und flankierende Maßnahmen	

Tabelle 2: Übersicht Gelegenheit und Gefahren im grünen Szenario



3.2 – Rotes Szenario: Der virale Staat – like and subscribe to our narrative!

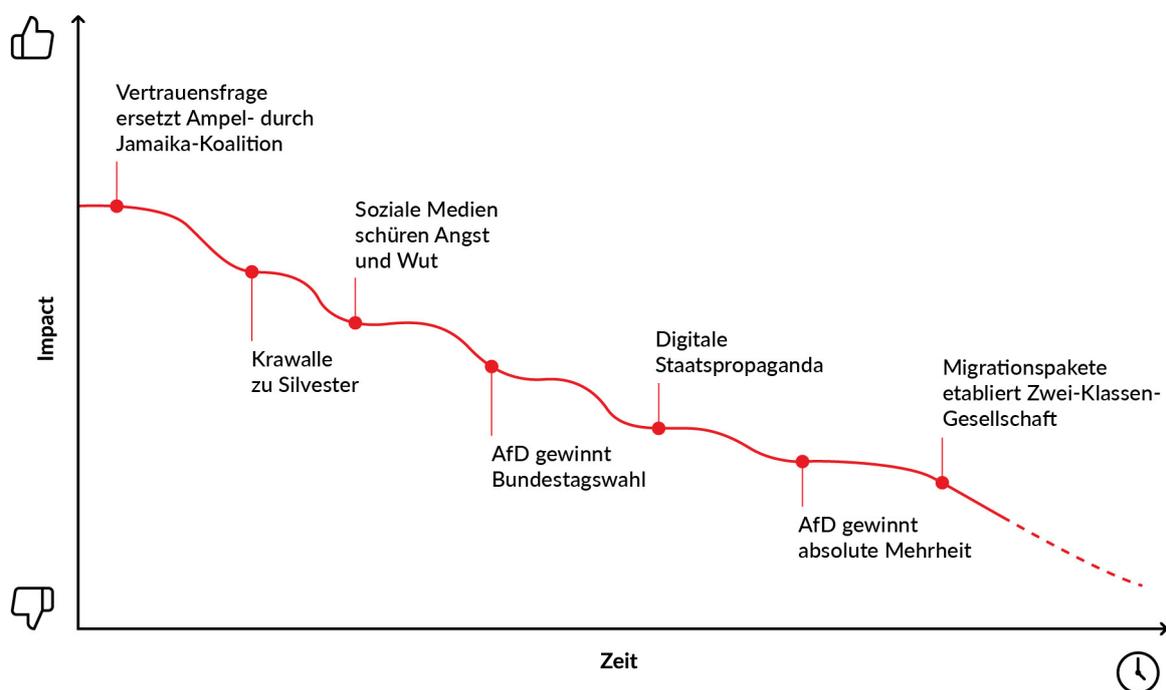


Abbildung 2: Digitale Diskurse und Teilhabe unter rechtspopulistischer Regierung [© Bertelsmann Stiftung]

Migration und Migrationsdebatte treiben Deutschland nach rechts

Anfang 2024 steht die Ampelkoalition vor dem Aus. Laut Umfragen kommen ihre Parteien gemeinsam auf gerade einmal knapp 20 Prozent der Wähler:innenstimmen. Im Februar stellt Olaf Scholz die Vertrauensfrage, um die Koalition bei einem Gesetzesvorhaben zum Zusammenhalt zu zwingen – und scheitert. Oppositionsführer Friedrich Merz bildet mit der FDP und den Grünen eine kommissarische Regierung. Die Jaimaika-Koalition stellt für die verbleibenden 20 Monate einen konservativen Haushalt vor: mehr Geld für innere Sicherheit und Grenzschutz, weniger für Kultur. Zwar bestätigt die Bundestagswahl 2025 die Jaimaika-Koalition im Amt, die AfD erhält nur „relativ moderate“ 15 Prozent. Das Migrationsthema treibt jedoch den gesamten politischen Diskurs – auch etablierter Parteien – entscheidend nach rechts.

Neuwahlen führen zu Jaimaika-Koalition und Kürzungen des ÖRR-Budgets.

Vor dem Jahreswechsel steigt die Anzahl an Geflüchteten, die in Deutschland ankommen, sprunghaft an. Politische Instabilität und anhaltende Dürre in Ägypten und dem Levant bewegen viele Verzweifelte, den Ausweg nach Europa zu suchen. Diese Entwicklung wird von vielen Deutschen mit großer Sorge gesehen, zumal einzelne gewalttätige Auseinandersetzungen in sozialen Medien kursieren und amplifiziert werden. In der

Die Silvesternacht 25/26 erschüttert das deutsche Sicherheitsgefühl und beschert der AfD großen Zulauf.

Silvesternacht 25/26 versammeln sich mehrere Dutzend junge Männer in der Berliner Hasenheide, bedrohen und belästigen Anwohner:innen und Passant:innen. Zu den Männern sollen auch Geflüchtete gehören. Beistehende filmen, wie überlastete Einsatzkräfte mit Flaschen beworfen und zum Rückzug gezwungen werden – erst am nächsten Morgen ist die Situation unter

Kontrolle. Videos von dem Zwischenfall breiten sich online wie ein Lauffeuer aus. Digitale Desinformationskampagnen und viraler Content/Videos verstärken den allgemeinen Eindruck, dass in der deutschen Öffentlichkeit keiner mehr sicher ist. Die AfD nutzt dieses Narrativ für sich und schafft es erfolgreich, Migrant:innen als die alleinige Ursache dieser negativen Ereignisse zu framen. Fortan registriert die AfD Zustimmungswerte knapp unter 35 Prozent.

Im Jahr 2026 wird der politische Diskurs deutlich rauer und driftet stark nach rechts. Die eher nüchterne und differenzierte Debatte in den Medien unterscheidet sich stark von dem Diskurs in den sozialen Medien. Diese benutzen durch Graubereiche im Digitale Dienste Akt weiterhin Optimierungsalgorithmen, die auf Aufmerksamkeitsmaximierung ausgerichtet sind. Sie führen dazu, dass Nutzer:innen nur einen sehr kleinen und auf ihre Interessen zugeschnittenen Bereich des großen Ganzen wahrnehmen und in diesem vor allem extreme und negative Entwicklungen und Ereignisse angezeigt bekommen, was Angst, Wut und Hass schürt. Die zunehmende „TikTokisierung“ politischer Informationen führt zu einer weiteren Zersplitterung von digitalen Realitäten. Viele Deutsche empfinden Migrant:innen immer mehr als Bedrohung und wünschen sich eine deutliche Reduktion des Ausländer:innenanteils. Der ÖRR versucht vergeblich, zur Versachlichung gesellschaftlicher Debatten beizutragen, und verliert an Reichweite und Einfluss.

„TikTokisierung“ der Gesellschaft schürt Ängste und Polarisierung. Diskrepanzen zwischen sozialen und traditionellen Medien belasten das Vertrauen der Bürger:innen.

Eine neue Generation von rechts-populistischen und identitären Social-Media-Influencer:innen wird diskursprägend.

Im aufgeheizten gesellschaftlichen Klima ist eine neue Generation diverser rechtspopulistischer und identitärer Influencer:innen online besonders erfolgreich: Verschwörungstheoretiker:innen, aber auch Waffenübungs-, Bodybuilding- und Schwertkampf-Accounts für junge Männer, „Back to the roots“-Influencer:innen mit Fashion- und Haushaltstipps für junge Frauen sowie natur- und heimatverbundene Inhalte erreichen ca. ein Viertel der Deutschen.

Der diskursive Rechtsruck verschafft der AfD bei den folgenden Landtagswahlen sowie der Bundestagswahl 2029, wo sie mit 39,8 Prozent der Stimmen klar stärkste Kraft wird, erheblichen Aufwind. Nach zügigen Verhandlungen mit einem kleinen Anti-Establishment-Wahlbündnis und einigen Überläufer:innen aus der Wertunion steht das neue Kabinett unter einer Bundeskanzlerin der AfD. Parteien der politischen Mitte und von links konnten

AFD gewinnt Landtagswahlen und die Bundestagswahl 2029.

Wähler:innen gerade beim Thema „Innere Sicherheit“ nicht überzeugen. Dieses war zusammen mit dem Migrationsthema wahlentscheidend – im Gegensatz zum Klimawandel, der stark an politischer Bedeutung verloren hat.

Der Umbau der Medienlandschaft und digitale Innovation verändern den politischen Diskurs unter der ersten AfD-Kanzlerschaft

2030 ist ein schweres Jahr für traditionelle Medien und den ÖRR. Die Trends einer sinkenden Leser:innenschaft und eines aussterbenden Fernsehpublikums hatten sich über die 2020er-Jahre fortgesetzt, wobei weder staatliche noch die freien traditionellen Medien die digitale Domäne richtig für sich erschließen konnten, sodass sich der Großteil der 16- bis 64-Jährigen gänzlich sozialen Medien und einzelnen Content-Creators zuwandte. Im Juni 2030 erschüttert außerdem ein Desinformationskandal die traditionelle Medien-

Desinformationskandal bricht Vertrauen in etablierte Medien und ÖRR.

landschaft: Faktencheckende Content-Creators liefern Belege, dass substantielle Teile von Artikeln großer Verlagshäuser, die KI benutzen, sogenannte „Halluzinationen“ beinhalten und somit faktisch falsch sind. Ferner haben verschiedene Landes-

anstalten, wie der NDR und der WDR, seit 2027 regelmäßig Berichterstattungen auf Basis von Deepfake-Videos veröffentlicht. Insgesamt besteht gegen sechs der neun Landesrundfunkanstalten der Verdacht, unwissentlich falsche Informationen verbreitet zu haben. So verlieren viele private Herausgeber:innen und der ÖRR ihre Vertrauenswürdigkeit – und damit ihr wichtigstes Qualitätsmerkmal.

Namhafte Verlagshäuser beantragen Konkurs, viele Journalist:innen verlieren ihre Anstellung und das Image des Journalismus im Ganzen leidet erheblich. Die AfD-geführten Bundesländer reagieren prompt: Geschlossen kündigen sie den Rundfunkstaatsvertrag mit ihren regionalen Rundfunkanstalten mit der Begründung, die Rundfunkgebühren ließen sich nicht länger rechtfertigen. Viele nun arbeitslose Journalist:innen, die in den Medien bleiben wollen, werden selbst Content-Creators.

Medienhäuser müssen schließen. Staatsverträge der Landesrundfunkanstalten werden gekündigt.

Auch die Bundesregierung reagiert: Die Bundeskanzlerin der AfD stellt eine Erhöhung des Haushalts für das Bundesministerium für Information und Bürgerinteressen um 6 Milliarden Euro vor. Der Informationsminister soll damit ein sicheres digitales Ökosystem aufbauen, das Zugänge zu Nachrichten und sozialen Medien integriert, jedoch Fake News herausfiltert.

Die Bundesregierung baut ihr eigenes digitales Ökosystem.

Im April 2031 stellt der Informationsminister das „Porta Westfalica“-Portal vor. Es bietet Bürger:innen, die sich mit ihrem deutschen Pass oder Personalausweis registrieren, eine Reihe von Angeboten: vorausgefüllte Anträge für staatliche Leistungen, Autofill-Funktionen für Buchungen und Registrierungen, tägliche Video-Updates zur politischen Lage vom Minister persönlich. Zudem stellt das Portal auch die Kernfunktionen eines sozialen Netz-

Das „Porta Westfalica“-Portal startet in 2031. Das Ökosystem verbindet viele Funktionen.

werks bereit. Jede:r registrierte Nutzer:in kann teilen und posten. In dem Portal ist sogar ein Bonussystem enthalten: Der Algorithmus boostet Beiträge von Nutzer:innen, die im Portal „soziale Wohltaten“ posten. Dazu zählt z. B. das Melden von

Mitbürger:innen, die „staatsfeindliche Propaganda“ oder „Klimalügen“ verbreiten. Auch das Folgen und Teilen von Regierungsmeldungen gibt Punkte. Die Topscorer generieren massiven Zuwachs in ihrem Following. Regierungstreues Engagement sorgt für monetarisierbare Sichtbarkeit und Klicks und erfreut sich wachsender Beliebtheit.

Auf die Zivilgesellschaft wirkt diese Entwicklung bedrückend. Im digitalen Raum wird sie vom „Porta Westfalica“-Algorithmus benachteiligt und findet – außer in Telegram-Chats und Discord-Kanälen – kaum Gehör. Der Staat geht hart gegen digital Denunzierte, wie etwa „Klimaterrorist:innen“, vor. Aus einigen europäischen Staaten erntet Deutschland Kritik, andere sehen im deutschen Weg ein Vorbild. In der Folge ist die digitale Governance auf EU-Ebene blockiert.

Die Zivilgesellschaft wird im digitalen Raum algorithmisch strukturell benachteiligt.

Energie aus Russland und steigender Handel mit China bescheren der Bundesrepublik in den Jahren 2030 und 2031 ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum. Im März 2032 reist die Außenministerin zu einem Wirtschaftsgipfeltreffen nach Moskau, wo auch chinesische und einige europäische Vertreter:innen zugegen sind, um durch diverse Investitionsabkommen, z. B. für Halbleiter und Mikrochips, ein „neues Zeitalter eurasischer Kooperation“ einzuläuten. Diese „Chance zum technologischen Souveränitätsgewinn“ (Bundeskanzlerin) will die Bundesregierung nutzen und mit dem Subventionsprogramm „Deutsche Tech“ eigene Digitalchampions aufbauen. Ausländische Firmen können sich über Joint Ventures für Fördermittel qualifizieren. Dies löst einen Wettlauf zwischen chinesischen und US-amerikanischen Firmen um den Technologie-Standort Deutschland aus.

Die Wirtschaft wächst. Das Subventionsprogramm „Deutsche Tech“ soll „Digital-Souveränität“ bringen.

Nach der Wahl 2033: Rechtspopulistischer Diskurs dominiert auch die europäische Öffentlichkeit

Bei den Bundestagswahlen im Oktober sichert sich die AfD 57 Prozent der Stimmen. Mit der absoluten Mehrheit erhält sie das Mandat, den Umbau von Institutionen deutscher Politik weiter voranzutreiben. Im Zentrum der Legislaturperiode steht das „große Migrationspaket“. Das neue System, das 2034 eingeführt wird, schränkt die Rechte von Migrant:innen aus Drittstaaten erheblich ein. Fortan dürfen sie nur noch einige von der Bundesagentur für Arbeit explizit aufgelistete Berufe im Niedriglohnssektor ausüben. Sie genießen weniger zivile Rechte als Deutsche und haben keine Ansprüche auf Ausfallleistungen, wie Krankengeld. Eine kritische Zivilgesellschaft wird in den folgenden Monaten immer weiter marginalisiert und von der Politik gemieden. Gerade Menschenrechte (insbesondere im Zuge des Migrationspakets) und der Klimawandel, dessen Folgen immer gravierender zutage treten, mobilisieren noch. Der Klimawandel ist jedoch zum Gegenstand

eines Kulturkampfes geworden. Vereinzelt gibt es noch progressive Ortschaften und Bürgermeister:innen in Deutschland und dort auch vitale lokale Chatgruppen, Zeitungen und Zivilgesellschaften.

Die Bundestagswahl 2033 bringt der AfD die absolute Mehrheit. Das große Migrationspaket besiegelt eine Zweiklassengesellschaft.

In 2035 werden Deutschland und die EU durch stabile rechtspopulistische Mehrheiten regiert. Außenpolitisch gibt es eine Abkehr von den USA und eine Annäherung an Russland und China. Innenpolitisch wird ein Klima der gesellschaftlichen Angst (vor Migrant:innen und sozialem Abstieg) von staatlicher Stelle durch die „Porta Westfalica“ befeuert. Qualitativ

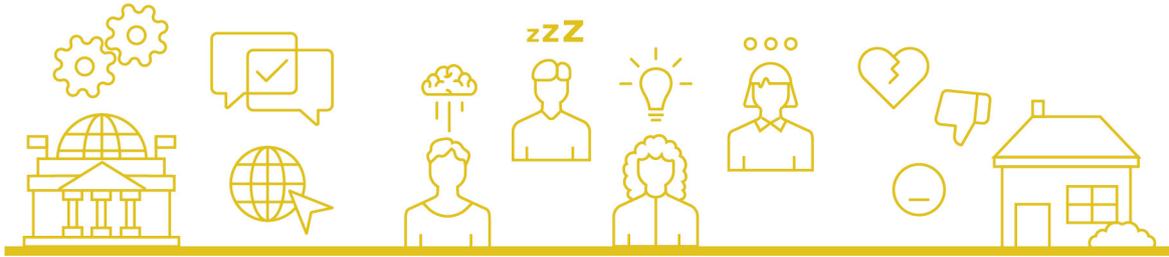
In 2035 sind Diskurse stark und repressiv reguliert. Der Staat strukturiert Debatten, während die Zivilgesellschaft und private Medien marginalisiert sind.

hochwertiger Journalismus findet kaum noch Resonanz in der Bevölkerung und hat keinen merklichen Einfluss auf den politischen Diskurs. Stattdessen informieren sich Bürger:innen über soziale Medien. Entsprechend niedrig ist die Qualität politischer Informationen. Die Bundesregierung nutzt behördliche Kontrollfunktionen, um regierungstreue Narrative im digitalen

Diskurs zu stärken. Gleichzeitig behindert sie weiterhin durch Anstiftung zur Denunzierung und strukturelle Benachteiligung im digitalen Diskurs eine zumindest auf Landes- und Bundesebene wirkungslose Zivilgesellschaft. Bürger:innen stehen entweder „auf Linie“ oder ziehen sich ins Lokale und Private zurück.

Gelegenheiten	Gefahren
Lokal organisierte Diskursräume	Verkürztes Budget für den ÖRR (minus 30 Prozent)
Arbeitsfeld „Content-Creation“ eröffnet sich für Journalist:innen	Feindbilder (z. B. Migrant:innen) sind fest im Mainstream-Diskurs verankert
Nüchterne und differenzierte Debatte und Berichterstattung in den Medien	„TikTokisierung“: Technisches Design von Plattformen verstärkt (diskursive) Spaltung
Investigativ arbeitende, faktencheckende Content-Creators	Staatliches Social-Scoring-System fördert Denunziation und regierungsnahen Narrative
	Aktive Ausgrenzung von Zivilgesellschaft aus dem öffentlichen Diskurs (auch durch technische Features)
	Redaktioneller Journalismus wird zu einem Randphänomen
	Staatliche Propaganda („Porta Westfalica“)
	Bündnis mit autokratischen Staaten beeinflusst Medienökosystem

Tabelle 3: Übersicht Gelegenheit und Gefahren im roten Szenario



3.3 – Gelbes Szenario: Das smarte Volksheim

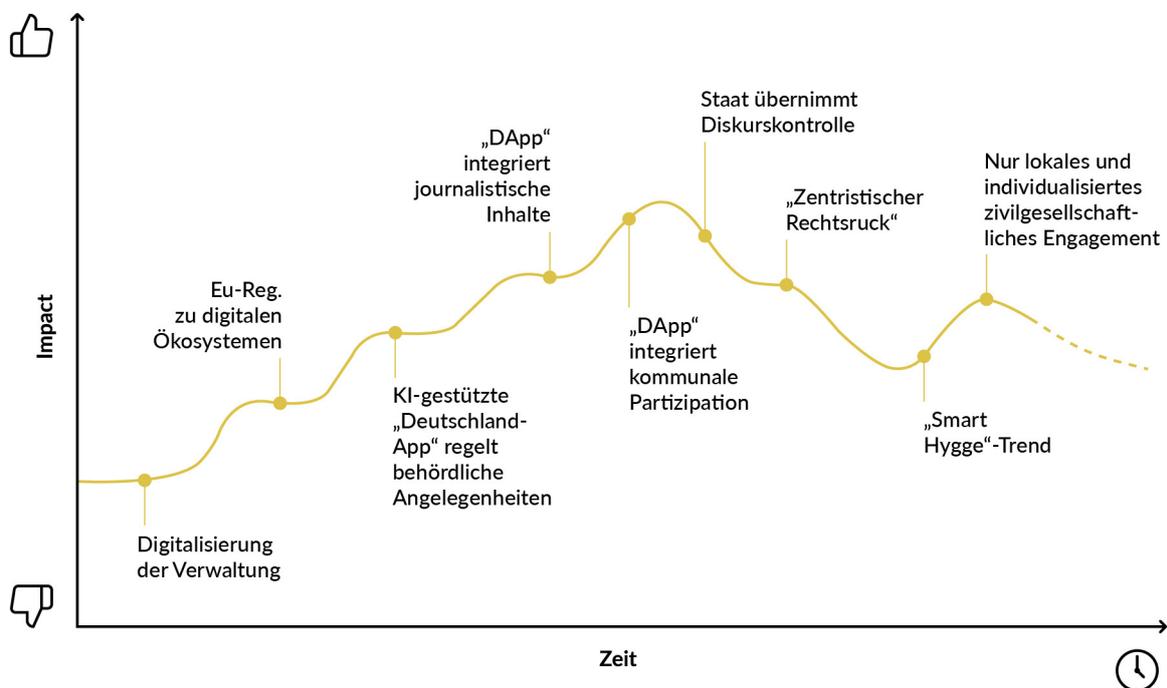


Abbildung 3: Digitaler Staatspaternalismus prägt Diskurse und Engagement in einer individualisierten digitalen Gesellschaft (© Bertelsmann Stiftung)

Eine erfolgreiche Digitalisierung modernisiert die Verwaltung von Grund auf

Im Jahr 2024 verschlechtert sich die deutsche Wachstumsperspektive weiter. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet einen Rückgang der Wirtschaft um bis zu 2,5 Prozent. Dies beflügelt die sowieso schon hitzigen Debatten innerhalb der anhaltend unbeliebten Ampelkoalition. In der Frage, wie es wirtschaftlich weitergehen soll, setzen sich letztendlich die Grünen und die SPD durch. Nach ihrem jüngsten Spitzentreffen kündigt die Koalition ein umfassendes Konjunkturprogramm zur Förderung der „Digitalen

Transformation“ an. Insgesamt 175 Milliarden Euro sollen dem Ausbau digitaler Infrastruktur sowie der Anwerbung und Qualifizierung von IT-Fachpersonal – insbesondere in der Verwaltung – dienen. Das Vorhaben erklärt Olaf Scholz zur

Rezession motiviert Bundesregierung, das Sondervermögen „Digitale Transformation“ zu verabschieden.

Chefsache und kündigt auch Reformen in der eigenen Verwaltung an, um den „Digitalstau“ zu lösen. Ferner soll ein Subventionsprogramm den Aufbau regionaler Cluster und nationaler Champions der Digitalwirtschaft unterstützen. Großer Fokus wird auf KI gesetzt, die u. a. dabei helfen soll, digitale Diskursräume effektiv und demokratiefördernd zu moderieren – die „Frankfurter Rundschau“ spricht von der „Habermas-KI“.

Das Konjunkturprogramm wird legislativ umfänglich begleitet: Auf EU-Ebene setzt die Regierung die Regulierung von Algorithmen, Datentransparenz, Interoperabilität und Open-Source-Software durch. Deziertes Ziel ist es, ein in Bezug auf verwendete Algorithmen transparentes Ökosystem aufzubauen, das zudem auf Interoperabilität angelegt ist. Es sollen ebensolche Plattformen gestärkt werden, die nicht auf Aufmerksamkeitsmaximierung ausgelegt sind. Gleichzeitig erfüllt die Bundesregierung damit die Forderung deutscher Digitalunternehmer:innen nach mehr Wettbewerb mit den etablierten Netzwerken, Investitionen und regulativer Sicherheit.

EU-Regulierung von Algorithmen, Datentransparenz und Interoperabilität zur Entwicklung eines Open-Source-Ökosystems.

Der Dreiklang aus Investition, demokratie- und wettbewerbsfördernder Regulierung und Bereitstellung wirksamer Basisdienstleistungen (schneller Internetzugang, Identifikation, Bezahlung, sicheres und effizientes Datenmanagement), auf die private Anbieter:innen zurückgreifen können, verbucht schon nach nur einem Jahr erste Erfolge. Dies überzeugt laut infratest dimap die Bevölkerung, die bis dato der Digitalisierungsfähigkeit des Staates eher skeptisch gegenüberstand. Die Bundesverwaltung erweitert im Laufe des Jahres 2025 ihr Angebot digitaler Dienstleistungen und öffnet das Ökosystem auch für Landes- und Kommunalverwaltungen. Dank milliardenschwerer Investitionen wird die nun umgetaufte „Deutschland-App“ (kurz: „DApp“) bereits Ende 2026 mithilfe eines KI-gestützten Assistenten

BundID wird zur KI-gestützten „Deutschland-App“ mit erweiterter Funktionalität.

bei der Bearbeitung behördlicher Anliegen eingesetzt: Sie schlägt Anträge vor, wie zur Ummeldung oder Beantragung von Kindergeld, und füllt diese bereits automatisch aus. Nutzer:innen müssen lediglich die Angaben und Einreichung bestätigen. Aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken bleiben diese Funktionalitäten vorerst exklusiv auf der „DApp“. Allerdings stellt die Verwaltung ihren Source-Code zur Verfügung, auf den private Unternehmen gerne zurückgreifen und sich im Gegenzug freiwillig den staatlichen Rahmenbedingungen unterwerfen. Angebote außerhalb dieses Ökosystems werden zunehmend unattraktiv.

Die „Deutschland-App“ wird zum Zentrum gesellschaftlicher Teilhabe

Nach dem erfolgreichen (Neu-)Start baut die Bundesregierung die „DApp“ weiter aus. Dabei setzt sie auf Moderation mittels einer wertorientierten und proaktiven KI, einen selbst entwickelten und transparent dokumentierten Optimierungsalgorithmus, der Feeds dialogfördernd sortiert. Das erweiterte Ökosystem integriert neben den Kernfunktionalitäten auch den zentralen und individualisierten Zugang zu allen digitalen ÖRR-Angeboten.

ÖRR-Inhalte werden in das „Deutschland-App“-Ökosystem integriert.

Der Infoteil der „DApp“ bietet maßgeschneiderte Empfehlungen, lokale Inhalte und Altersverifizierung. Auch können soziale Medien dank Interoperabilität in das „DEcosystem“ integriert werden. Ein aktiver Assistent ermutigt Nutzer:innen zu reflektierten Beiträgen und stellt relevante Fakten zur Verfügung. Schnell stürzen sich Start-ups aus ganz Europa auf die Entwicklung eigener Plattformen und Apps – die dank Interoperabilität und frei verwendbarer (und zertifizierter) KI-Systeme für Moderation gezielt auf die Optimierung des User-Interface setzen. Im Jahr 2028 liegt der kombinierte Anteil von Meta, X und TikTok am europäischen Markt bei nur noch 64 Prozent.

Habermas-KI fördert konstruktive digitale Debattenkultur.

Auch Journalist:innen bietet die „DApp“ die Möglichkeit, ihre Beiträge dort direkt und exklusiv zu veröffentlichen. Gegen Vorlage des Presseausweises gibt es ein Verifizierungssymbol. Klickbasierte Vergütung wird aus staatlichen und philanthropischen Förderprogrammen und über eine zentrale Stelle gezahlt. Nutzer:innen können auch direkt spenden. Viele nehmen diese lukrative Möglichkeit an.

„DApp“ bietet Journalist:innen eine alternative Einnahmequelle.

Die Verquickung von Verwaltungsleistungen und politischem Diskurs erfreut sich großer Beliebtheit. In einer zersplitterten digitalen Realität bietet die „DApp“ einen Ort für differenzierte Gemeinsamkeit. Die Bundesregierung berichtet von 45 Millionen täglich aktiven Nutzer:innen bis Ende 2029. Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass der Staat zu viel Macht bei der Verbreitung von politischen Informationen hat und so die Unabhängigkeit der vierten Gewalt schwächt.

Die „DApp“ ist beliebt und stellt den Staat an eine zentrale Stelle bei der Verbreitung politischer Informationen und dem öffentlichen Diskurs.

Staat und Gesellschaft digitalisieren sich nun immer schneller. Im europäischen Vergleich (laut Digital Economy and Society Index [DESI]) belegt die Bundesrepublik 2031 den ersten Platz. Sie zeichnet sich insbesondere durch eine sehr gute Highspeed-Konnektivität (auch in Fernzügen), eine fast vollständig digitalisierte Verwaltung und eine dynamische Digitalwirtschaft aus. Deutschland wird weltweit zum Maßstab für effektive digitale Regulierung. Mit den ersten europaweit tätigen Digitalchampions trägt „Silicon Saxony“ erheblich zum erstarkenden Wirtschaftswachstum bei, wobei Next-Gen-Geräten im Bereich „Augmented und Virtual Reality“, aber auch im Bereich „Cybersicherheit“ eine besondere Stellung zukommt. Durch das Konjunkturprogramm entsteht ein langfristiges wirtschaftliches Wachstum auf der Basis von KI-Systemen, die Deutschland erfolgreich exportiert. Dies sichert breiten Wohlstand und hohe Zufriedenheit in der Bevölkerung.

Bis 2032 sind erste partizipative Features auf kommunaler Ebene in die „DApp“ integriert.

Seit 2032 setzen Kommunen immer häufiger partizipative Features der „DApp“ um. Sie bieten zahlreiche Interaktions- und Abstimmungsmöglichkeiten für kommunale Angelegenheiten. Durch die geringen Kosten können so viele Fragen zur Abstimmung gestellt werden: von der Route neuer Buslinien bis zur Benennung neuer Straßen. Anhänger:innen der Initiative feiern die Weiterentwicklung politischer Kommunikation vom „Senden“ zum „Einbinden“ als lange überfällige Reform der Demokratie. Kritiker:innen bemängeln, dass Kommunen dadurch einen übermäßigen Einfluss auf die Deutungshoheit in politischen Diskursen haben und diese teils zur

In 2031 ist die Bundesrepublik digitaler Europameister.

paternalistischen Moderation von Debatten nutzen – außerdem ist die Beteiligungsrate durchwachsen und nirgends überzeugend hoch. Doch im Diskurs interessieren sich die Menschen eher für konkrete Sachfragen in ihrem unmittelbaren Umfeld und weniger für normative politische Debatten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Ein paternalistischer und dynamischer Staat gestaltet nüchterne Diskurse für eine individualisierte, zufriedene und apathische Gesellschaft

Weitreichende staatliche Mindeststandards für Algorithmen stören die Aufmerksamkeitsökonomie und machen den Staat zum digitalen Gatekeeper. Gepaart mit wirtschaftlichem Aufschwung und neuen Partizipationsmöglichkeiten, führt diese digitale Diskurskontrolle zu nüchternen und pragmatischen Diskursen. Dies gräbt Populist:innen das Wasser ab. Bei den Bundestagswahlen im Oktober 2033 erlebt die Bundesrepublik einen „zentristischen Rechtsruck“: Als politischer Konsens hat sich etabliert, Einwanderung stark zu kontrollieren und am Nutzen für die Wirtschaft zu orientieren. Dieser Kurs wird allgemein begrüßt, geht er doch mit reichhaltigen sozialen Wohltaten im Inneren einher. Das Wiedererstarken der politischen Mitte setzt sich auch in den Folgejahren fort. Wohlstand, Partizipation und Vertrauen in eine gut funktionierende und agile Verwaltung nehmen vielen Wähler:innen den Grund, nach Alternativen zu suchen.

Wahlen in 2033 bringen „zentristischen Rechtsruck“ und politische Stabilität.

2034 ist auch der letzte behördliche Vorgang digitalisiert. Im zweiten Quartal des Jahres laufen laut Erhebungen 98 Prozent der Vorgänge digital ab. Die umfassende Marktdurchdringung von Technologien in den Bereichen „Consumer Tech“ und „Smarthome“ verändert die Lebensgewohnheiten der Deutschen. Diese Bereiche bieten einen so erheblichen Mehrwert, dass die Menschen ihr Verhalten erheblich daran anpassen. Soziolog:innen beobachten einen anhaltenden Trend: Durch gesellschaftliche Schichten hinweg verbringen Menschen immer weniger Zeit außerhalb ihres Zuhauses. Stattdessen findet das Sozialleben immer stärker im digitalen Raum statt. Ferner ist eine Individualisierung der politischen Partizipation beobachtbar. Der Soziologe Wolfgang Lila prägt den Begriff „Smart Hygge“. In einem Leitartikel der „FAZ“ vom September 2034 warnt er vor deren potenziellen negativen Folgen: *„Die zunehmende Verlagerung der Interaktionen mit unseren Mitmenschen in den digitalen Raum kann zum Verlust sozialer Kompetenz sowie zu mehr Einsamkeit und Dissoziation von der Zivilgesellschaft führen.“* In der Tat wird ein Rückgang des organisierten zivilgesellschaftlichen Engagements sichtbar. Gleichzeitig findet eine zersplitterte Zivilgesellschaft, die immer weniger Förderung und gesellschaftliches Interesse erfährt, in digitalen Diskursen kaum Gehör.

Bundes- und Landesverwaltungen sind vollends digitalisiert. „Smart Hygge“ prägt gesellschaftliches Engagement.

In 2035 haben Bundesbürger:innen ihr Interesse an politischen Debatten verloren. Dennoch ist ihr Vertrauen in die Politik hoch, weil Wohlstand und Sicherheitsgefühl mit digitalen Teilhabemöglichkeiten und der effektiven und extensiven staatlichen Regulierung von digitalen Diskursräumen zusammentreffen. Ersteres schwächt die Zivilgesellschaft, da der Staat viele ihrer Leistungen übernimmt und sich gesellschaftspolitisches Engagement

„Smart Hygge“-Gesellschaft unter dominantem Staat und mit schwacher Zivilgesellschaft.

zunehmend individualisiert. Menschen ziehen sich ins Private zurück und nehmen von zu Hause aus am gesellschaftlichen Leben teil. „Smart Hygge“ ist das Motto der Stunde. Letzteres schwächt den unabhängigen Journalismus, da sich viele Bürger:innen direkt über die „DApp“ informieren und damit die Nachfrage nach anderer Berichterstattung einbricht. Trotz des Aussterbens von Redaktionen und der Marginalisierung privater Medienanbieter:innen ist die Qualität verfügbarer Informationen aufgrund der „DApp“ insgesamt hoch, insbesondere bei Themen, die der Mehrheitsgesellschaft wichtig sind. Ihr Vergütungssystem sichert auch in Zukunft die Finanzierung des ÖRR. Ein aktiver und paternalistischer Staat reguliert digitale Diskursräume und lenkt diese. Migration bleibt dabei eine latente Herausforderung, für deren aktuelle Lösung es eine breite Zustimmung gibt. Der Grundkonsens lautet, dass deren Begrenzung Grundvoraussetzung für den eigenen Wohlstand und die Lebenszufriedenheit ist.

Gelegenheiten	Gefahren
KI-Moderation organisiert eine respektvolle Diskussion	Staat legt die Regeln fest, dadurch wenig kontrovers
Gemeinsamer Diskursraum in der „DApp“, der für alle zugänglich ist	Menschen verlieren Interesse an politischen und gesamtgesellschaftlichen Debatten
Qualitätskontrolle bei Informationen	Konsensorientierung sorgt für Verdrängung von fundamentalem Widerspruch
„DApp“ ist in ihrem Design und auf der Ebene der Dokumentation sehr transparent	Alternativlosigkeit der staatlich regulierten Plattform
Safe Space für alle	Kleinteilige Beteiligung sorgt dafür, dass große Linien aus den Augen verloren werden
Starke KI-Moderation sorgt für niedrighschwelligen Zugang	„Gläserne:r Bürger:in“ durch staatliches Monopol
Weitere Apps können sich entwickeln, die wegen Open-Source-Ökosystem mit „DApp“ kommunizieren	Journalismus wird durch den Staat verdrängt
Digitale Transformation / Verwaltung / Infrastruktur funktioniert (Basisdienste)	Zivilgesellschaft ist schwach und findet wenig Anerkennung in Gesellschaft und Politik

Tabelle 4: Übersicht Gelegenheit und Gefahren im gelben Szenario

4

Die Szenarien im Vergleich

4 Die Szenarien im Vergleich

Die Szenarien zeichnen drei sehr unterschiedliche Entwicklungen bis zum und Zustände im Jahr 2035. Tabelle 2 stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Szenarien zunächst nur mit Blick auf die Situation im Jahr 2035 entlang der Schlüsselfaktoren dar.

Schlüsselfaktor / Szenario	Grün	Rot	Gelb
Vertrauen in demokratische Institutionen	Reflektiertes Vertrauen (Zustimmung und Handlung mit Ziel Systemverbesserung)	Radikales Misstrauen	Reflektiertes Vertrauen (Zustimmung und Handlung mit Ziel Systemverbesserung)
Einfluss von antieuropäischen Haltungen	Antieuropäer:innen haben keinen Einfluss	Antieuropäer:innen haben entscheidenden Einfluss	Antieuropäer:innen bestimmen mit
Effektivität der Regulierung des digitalen Raumes (bspw. Hassrede, Copyright, KI)	Effektiv (international abgestimmt und anerkannt, die „passende“ Regulierung, internationale Standards)	Deregulierung; Wild West; Personenrechte werden eingeschränkt, Rücknahme von bestehenden Regulierungen	Effektiv (international abgestimmt und anerkannt, die „passende“ Regulierung, internationale Standards)
Art der Regulierung des digitalen Diskurses	Liberal	Repressiv	Liberal, aber anderes Higher Good priorisiert
Empfundene Wohlstandsverteilung (Kann ich meine Ziele erreichen? Ressourcen und Zugang)	Wohlstand / gute Lebensverhältnisse für viele	Gute Lebensverhältnisse für viele fragil	Wohlstand / gute Lebensverhältnisse für viele
Stärke der vielfältigen Zivilgesellschaft	Wirksame Zivilgesellschaft	Wirkungslose und schwache Zivilgesellschaft	Wirkungslose und schwache Zivilgesellschaft
Reichweite des (inhärent qualitativ hochwertigen) Journalismus	Hoch	Gering	Gering
Qualität der politischen Information	Hoch	Gering	Hoch
Geschäftsmodelle der Intermediäre (Unternehmen, die Inhalte verarbeiten und verbreiten)	Dominanz des Abo-Modells	Allgegenwärtige personalisierte Werbung + überwiegend Creator Economy (Patreon+)	(Öffentliche, Drittmittel-, stiftungsfinanzierte) Ausschüttung

Tabelle 5: Übersicht Rohszenarien

Entsprechend unterschiedlich geartet sind die digitalen Diskurse und die demokratische Öffentlichkeit in den jeweiligen Szenarien, mitsamt den in ihnen enthaltenen günstigen Gelegenheiten und Gefahren.

Im grünen Szenario führen Immigration und Bildungsreform zu hoher Digital- und Medienkompetenz in der Gesellschaft. Gleichzeitig beflügelt die erfolgreiche Anwendung künstlicher Intelligenz einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in mehr Zeitwohlstand von Arbeitnehmer:innen und daher in mehr zivilgesellschaftlichem Engagement niederschlägt. Der Journalismus ist im digitalen Zeitalter angekommen, und seine neuen Angebote werden breitflächig konsumiert. Digitale Diskursräume sind gut und dialogfördernd reguliert. Entsprechend divers, konstruktiv, zivilisiert und differenziert sind die Diskurse in ihnen.

Im roten Szenario zieht die Angst vor Migration den politischen Diskurs nach rechts. Immer mehr Bürger:innen wenden sich von traditionellen Medien ab und informieren sich stattdessen über soziale Medien. Dies führt zu einer Verzerrung der Realitätswahrnehmung, schürt Angst und Wut und verhilft der ersten rechtspopulistischen Regierung zum Wahlsieg. Diese nutzt ihr Mandat zum Umbau der Medienlandschaft und zur aktiven und eigennütigen Regulierung digitaler Diskursräume. Digitale Diskurse sind ins Negative und Extreme verzerrt, unzivilisiert und werden teils staatlich gelenkt. Da Realitätswahrnehmungen immer stärker divergieren, kann kaum mehr von einer informierten und folglich auch nicht von einer demokratischen Öffentlichkeit gesprochen werden.

Das gelbe Szenario zeigt eine erfolgreiche Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, die ein funktionierendes digitales Ökosystem zur Bearbeitung behördlicher Angelegenheiten schafft. Sukzessive wird diese zentrale Anlaufstelle ausgebaut und umschließt bald Inhalte des ÖRR sowie freier Journalist:innen. Mit der Ausweitung auf kommunale Partizipationsmöglichkeiten und der einhergehenden Transformation zur Partizipations- und Diskussionsplattform erlangt der Staat eine zentrale digitale Deutungshoheit. Digitale Diskurse sind durch relatives Desinteresse breiter Bevölkerungsgruppen, eine eher paternalistische Moderation digitaler Diskurse durch den Staat und wenig Vielfalt der Beteiligten gekennzeichnet. Die demokratische Öffentlichkeit ist gut informiert, doch wenig an großen politischen Debatten interessiert.

5

Beurteilung der Szenarien aus Sicht deutscher und europäischer Entscheidungsträger:innen

5 – Beurteilung der Szenarien aus Sicht deutscher und europäischer Entscheidungsträger:innen

Um Szenarien bewerten zu können, bedarf es der Definition einer Analyseperspektive. In diesem Prozess wurden deutsche und europäische politische Entscheidungsträger:innen als Zielgruppe identifiziert, die im nationalen und EU-Kontext agieren. Ihre Ziele wurden wie folgt definiert:

- **Inklusivität und Pluralität im politischen Diskurs:** Alle, die es wünschen, können am Diskurs teilnehmen und auch Gehör finden, ohne ausgegrenzt zu werden. Es herrscht Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Diskursräumen, und es gibt auch umfassende, gesellschaftsweite Diskursräume. Der gesellschaftliche und der politische Diskurs sind eng vernetzt und füreinander responsiv. Es findet ein reger Austausch zwischen Staat und Bürger:innen statt, und das Verständnis und die Akzeptanz politischer Entscheidungen ist hoch.
- **Der Diskurs ist (kontrovers und) respektvoll:** Öffentliche Diskurse sind von Respekt und Toleranz geprägt, was gesellschaftlichen Zusammenhalt auch über Konfliktlinien hinweg beständig macht. Denn ein vernünftiger und respektvoller Umgang miteinander umschließt auch eine positive Diskussions- und Streitkultur.
- **Das politische Informationsökosystem ist verständlich und zugänglich:** Die Qualität und gesellschaftliche Verbreitung politischer Informationen ist hoch. Bürger:innen fragen Informationen proaktiv nach. Der Grad politischer Bildung ermöglicht ein Verstehen politischer Vorgänge und das Einfühlen in andere Perspektiven.
- **Transparenz (der Regeln und über organisierte Interessen) / keine Verzerrung / Manipulation:** Menschen wissen, wie und welche politischen Regeln ihr Leben strukturieren, und können die Verfahren, nach denen politische Steuerung erfolgt, nachvollziehen. Der Einfluss organisierter Interessen ist für die Bürger:innen nachvollziehbar und das mediale System so strukturiert, dass starke Verzerrungen und aktive Manipulation unwahrscheinlich sind und von Gegenkräften erwidert werden können.

Aus dieser Perspektive lässt sich beurteilen, welche Gefahren oder günstigen Gelegenheiten die drei Szenarien für die Zielerreichung darstellen würden.

Im grünen Szenario eröffnet sich eine Vielzahl an Möglichkeiten, während keine konkreten Gefahren existieren. So erhöht Migration das Humankapital im IT-Sektor und ermöglicht eine erfolgreiche Digitalisierung. Durch tiefgehende Bildungsreformen sind viele junge Menschen technisch versiert. KI wird breitflächig erfolgreich eingesetzt, was positiv zum Wirtschaftswachstum und zur Integration beiträgt. Das Mediensystem hat sich digital neu ausgerichtet und erreicht durch neue Angebote eine große Reichweite. Makroökonomisches

Umdenken trägt zu einer politischen Entpolarisierung bei, und die effektive Umsetzung des DSA sowie flankierende Maßnahmen sorgen für offene und dialogfördernde digitale Räume.

Im roten Szenario überwiegen die Gefahren die Gelegenheiten deutlich und werden zum Ende des Szenarios immer gravierender. Gelegenheiten liegen in der differenzierten Debatte und Berichterstattung, die etablierte Medien trotz aller Widrigkeiten weiterhin führen. Gleichzeitig öffnet sich das Arbeitsfeld der Content-Creation auch für Journalist:innen. Zunehmend arbeiten Creators auch investigativ und als Fakten-Checker. Zivilgesellschaftliches Engagement findet zunehmend in lokal organisierten Diskursräumen statt. Der ÖRR muss mit nur 70 Prozent des Budgets zurechtkommen, bevor den Landesanstalten schlussendlich die Staatsverträge gekündigt werden. Immer mehr Menschen wenden sich vom traditionellen Journalismus ab, der eine tiefe Krise erlebt. Der Diskurs wird zunehmend von Plattformen geprägt, die aufgrund ihrer algorithmischen Optimierungsziele zu einer diskursiven Spaltung und verzerrten Realitätswahrnehmung beitragen. Dies befördert auch die Etablierung von Feindbildern (insbesondere betroffen sind Migrant:innen) im Mainstream-Diskurs – ein diskursiver Rechtsruck schlägt sich bald auch in Wahlergebnissen nieder. Der Staat übt Einfluss auf und über digitale Diskursräume aus und baut die „Porta Westfalica“ als zentrales Portal zur Stärkung eigener Narrative auf. Die Zivilgesellschaft wird aktiv aus dem Diskurs ausgeklammert. Ein staatliches Social-Scoring-System fördert Denunziation und schüchtert zivilgesellschaftliches Engagement weiter ein.

Obwohl das gelbe Szenario zunächst viele günstige Gelegenheiten aufweist, zeichnen sich insbesondere am Ende des Szenarios gewichtige Gefahren ab. Zu Beginn sorgt eine erfolgreiche digitale Transformation für die breite Verfügbarkeit behördlicher Basisdienste und hilfreiche Unterstützung durch KI-Assistenten. Die „Deutschland-App“ bietet ferner einen gemeinsamen Diskursraum. Dank starker KI-Moderation bietet sie einen geschützten Raum für alle, der niedrigschwellig zugänglich ist. Auch besteht eine Qualitätskontrolle für Informationen. Zuletzt ist die „DApp“ in ihrem Design und bei ihrer Dokumentation sehr transparent. Dies ermöglicht das Entwickeln von Apps, die mit ihr kommunizieren können. Die Gefahren in diesem Szenario gehen von der Machtposition des Staates im Diskurs aus. Dadurch, dass er die Regeln diktiert, sind Debatten wenig kontrovers und fundamentale Widersprüche werden verdrängt, anstatt diskutiert zu werden. Gleichzeitig ist die staatliche Plattform ohne Konkurrenz. Durch dieses Monopol werden Menschen zu „gläsernen Bürger:innen“. Bei ihnen verschwindet zunehmend das Interesse an gesamtgesellschaftlichen Debatten, und sie verlieren durch kleinteilige Beteiligung die großen politischen Linien aus den Augen.



6 Strategische Optionen

6 – Strategische Optionen

In Anbetracht der verschiedenen Gelegenheiten und Gefahren in unterschiedlichen, aber gleichsam plausiblen Zukünften stellt sich die Frage, was deutsche und europäische Entscheidungsträger:innen heute schon tun können, um diese offene Zukunft proaktiv und zielgerichtet zu gestalten, ohne befürchten zu müssen, dass sich die gewählte Strategie im Nachhinein als nutzlos und schlimmstenfalls sogar als kontraproduktiv darstellt. Die im Folgenden dargestellten Handlungsoptionen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie sich – heute in Angriff genommen – unabhängig davon, welches Szenario eintritt, in der Zukunft sehr wahrscheinlich als hilfreich und nützlich erweisen.

6.1 – Stärkere Anreize für bürgerliches Engagement für Demokratie schaffen

Konkretes Beispiel: Freies Demokratisches Jahr (FDJ)

Das Freie Demokratische Jahr (FDJ) ist das Angebot der Bundesregierung, soziales, politisches, gesellschaftliches und demokratisches Engagement für bis zu ein Jahr monetär zu vergüten. Das FDJ verfolgt das Ziel der Begegnung und des Erfahrens konstruktiver Streitkultur und zivilisierter Debatte sowie der Förderung von Demokratiebegeisterung und politischem Engagement. Es fokussiert sich auf gesellschaftliche Begegnung, Medienkompetenz und Demokratieförderung und ist so angelegt, dass es Erwachsene in allen Lebensaltern anspricht und nicht nur für urbane Eliten, sondern breit in der Gesellschaft attraktiv ist. Da Diskurs und Streitkultur Hauptaugenmerke sind, kann die Vergütung – die sogenannte „Demokratie-Rendite“ – auch für ein Freies Redaktionelles Jahr gezahlt werden.

Die Demokratie-Rendite ist anschlussfähig an Grundideen, die immer wieder von (vor allem jungen) politischen Entscheidungsträger:innen beworben werden. Die Demokratie-Rendite kann entweder analog zur Idee des „Grunderbes“ als Festbetrag oder als Ansparmodell (bspw. als Stundenkonto für Rentenpunkte) ausgezahlt werden. Zeitlich ist die Vergütung auf maximal ein Jahr (Vollzeitäquivalent) des Engagements begrenzt, wobei der zeitliche Aufwand des Engagements flexibel gewählt werden kann. Dadurch, dass man auch nur für einige Tage im Monat oder einige Stunden pro Woche aktiv sein kann, ermöglicht das FDJ allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen, selbstwirksam und unmittelbar Demokratie zu erleben und wertschätzen zu lernen. Ebenso können Migrant:innen, die seit zwei Jahren einen festen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben, an dem Programm teilnehmen.

Die zur Administration der Initiative notwendigen staatlichen Strukturen sind gemeinhin bekannt: Sie liegen beispielsweise im Bundesamt für den Zivildienst vor. Die Verteilung der Plätze kann nutzer:innenfreundlich und datenrechtskonform über digitale Plattformen erfolgen, wo Nutzer:innen ein auf ihre individuellen Interessen angepasstes Angebot präsentiert wird.

Die Demokratie-Rendite braucht breite Unterstützung: Arbeitgeber:innen-, Wohlfahrts-, Medien- und ehrenamtliche Verbände müssen ein Angebot schaffen. Hierzu kann die Bundesregierung Anreize setzen, etwa durch die Vergabe von steuerlichen Freibeträgen auf Lohn und Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten sowie durch die öffentlichkeitswirksame Auszeichnung als „Demokratie-Pionier:innen“. Klare Impact-Ziele, ein mehrjähriger Skalierungsplan und regelmäßige Evaluierungsmechanismen machen das Roll-out handhabbar. Neben der Angebotsseite braucht auch die Nachfrageseite eine Initialzündung. Hierzu kann die Bundesregierung eine breitflächige Imagekampagne finanzieren. Stars wie Helene Fischer, Günther Jauch und Ilkay Gündogan sprechen dabei diverse Bevölkerungsgruppen an.

Das FDJ würde sich in allen beschriebenen Szenarien positiv auswirken. So würde es der Lethargie einer individualisierten und digitalisierten Zivilgesellschaft entgegenwirken, die im gelben Szenario beschrieben wird. Im grünen Szenario würde es der Steigerung des gesellschaftlichen Engagements und der diskursiven Renaissance Vorschub leisten. Und im roten Szenario würde es die gesellschaftliche Resilienz gegenüber autoritären Tendenzen und Narrativen stärken.

6.2 — Partizipative Regulierung digitaler Diskurse einführen

Konkretes Beispiel: Rat für digitale demokratische Diskurse

Die Bundesregierung initiiert und finanziert die Gründung eines Rates für digitale demokratische Diskurse (ggf. auch im europäischen Kontext). Dieses öffentliche Organ befasst sich mit allgemeinen Grundsätzen der Moderation von digitalen Diskursen und erarbeitet Ratschläge und Handlungsoptionen. Die Institution soll nicht im Kern auf die Durchsetzung von Regelungen hin ausgerichtet sein, sondern organisieren, dass möglichst breite Teile der Gesellschaft sich der Bedeutung von Moderation sowie von ihren Regeln und Infrastrukturen bewusst werden und aktiv an der Erarbeitung von Optionen teilhaben.

Der Rat selbst besteht aus ehrenamtlichen Mitgliedern. Eine Geschäftsstelle sorgt für Organisation und Außenkommunikation. Die Mitglieder sind Vertreter:innen relevanter Stakeholder-Gruppen, etwa von Industrieverbänden und Medien sowie von Verbraucherschützer:innen und Wissenschaftler:innen. Ferner werden Bürger:innen per Losverfahren eingeladen. Der Rat kommt quartalsweise zu einer Sitzung zusammen. Er arbeitet nicht auf Einzelfallbasis (und ist daher auch keine Zensurbehörde), sondern erörtert, welche Optionen und Standards die rechtliche und algorithmische Moderation von Diskursen im demokratischen Kontext umfassen sollte. Die Mitgliedschaften sind immer auf zwei Jahre begrenzt, um eine möglichst große Pluralität und Inklusivität zu erreichen. Die Struktur des Rates trägt zur gesellschaftlichen Akzeptanz bei und beugt dem Vorwurf staatlich gesteuerter Zensur vor.

Der Rat veröffentlicht jährliche Vorschläge und Handlungsoptionen. Diese sind zwar nicht bindend, haben jedoch einen hohen Selbstverpflichtungscharakter. Der Rat könnte

beispielsweise Kommunikationsplattformen, die seine Leitlinien umsetzen, per Siegel zertifizieren (vgl. FSK-Siegel). Plattform-Unternehmen und andere Anbieter:innen interaktiver Diskursformen dürfen die Vorschläge ablehnen oder nur modifiziert und selektiv einsetzen, müssen aber zur Nichtadaption begründet Stellung nehmen, was weitere Reflexion ermöglicht. Die Bundesregierung könnte entsprechende Überlegungen auch auf europäischer oder globaler Ebene anstoßen.

Mit der Initiative fördert die Bundesregierung die Entwicklung einer vielfältigen, reflexiven, gesellschaftsbezogenen und breit akzeptierten Praxis der Moderation gesellschaftlicher und politischer Kommunikation. Sie stärkt damit Diskurse gegenüber staatlichem Paternalismus (gelbes Szenario) und gegenüber parteipolitischer Übernahme digitaler Diskursräume (rotes Szenario). Zudem fördert sie die Wahrnehmung von Pluralität (grünes Szenario).

6.3 — Unabhängige Kontrollinstanz von Regulierungsvorhaben des digitalen Raumes gründen

Konkretes Beispiel: Zivilgesellschaftliche Einbindung in DSA Risk Assessment

Diese Option sieht vor, Mechanismen zu entwickeln, um die Zivilgesellschaft bei der Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben des DSA zu beteiligen. Hierzu sollte die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission die Gründung einer Agentur anregen, die zur Aufgabe hat, die Anforderungen an das DSA Risk Assessment zu konkretisieren und zu operationalisieren. Hierdurch kann im Zusammenspiel mit behördlicher und gerichtlicher Rechtsanwendung und Überprüfung über die Zeit ein transparenter Anforderungskatalog entstehen. Dessen Einhaltung können zivilgesellschaftliche Akteur:innen dann überwachen und somit für mehr Transparenz sorgen.

Ziel ist die Etablierung eines Multi-Stakeholder-Ansatzes für die Fortentwicklung der zu beurteilenden Standards, der die systematische und gleichberechtigte Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellt. So können technische Aspekte der Regulierung von Diskursräumen geklärt und die Umsetzung des DSA, inklusive seines Risk Assessments, überprüft werden. Die Vertraulichkeit von Informationen kann durch die Anwendung des bereits (bspw. in der EU-Geldwäsche-Richtlinie) etablierten Konzepts des „berechtigten Interesses“ geschützt werden: Nur solche Organisationen, die ein sachlich gerechtfertigtes Interesse oder einen Informationsanspruch haben, dürfen bestimmte Daten einsehen. So werden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), Artificial Intelligence Act (AI Act) und DSA in Einklang gebracht, um algorithmische Empfehlungssysteme zu regulieren – mit einem im EU-Recht etablierten Lösungsansatz.

Eine Verwässerung der Kriterien ist durch Festlegung in der Verordnung ausgeschlossen, eine Aushöhlung des Verfahrens dadurch, dass die Anforderungen an den Informationsanspruch seit Jahrzehnten rechtlich etabliert sind. Missbrauch wird durch das Sanktionieren von Falschangaben gegenüber der Kommission verhindert. „Versehentliche“ Vertraulichkeitsverletzungen werden durch eine klare spezifische Darstellung des Schutzniveaus bei den jeweiligen Informationen gestoppt. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der

Auswertung der Risk Assessments kann z. B. durch Stakeholder-Umfragen erfolgen. Die beteiligten Stakeholder, die auch nationale Organisationen wie den ÖRR oder KI-Kontrollorgane umschließen, können sich für bestimmte Assessments melden und werden von der Kommission ausgewählt, die auch die Kosten trägt. Ferner sollte die Kommission auch Fortbildungen für Nichtregierungsorganisationen anbieten und den Ombudsmann zur niedrigschwelligen Konfliktlösung einbinden.

Als relevanter Stakeholder könnte sich beispielsweise auch der Rat für digitale demokratische Diskurse (vorherige strategische Option) einbringen.

Die Einbindung der Zivilgesellschaft bei der Fortentwicklung der Regulierung digitaler Diskursräume – und konkret ihrer Optimierungsalgorithmen – würde sich positiv auf alle beschriebenen Szenarien auswirken: Sie könnte die staatliche Vereinnahmung der Regulierung und deren eigeninteressegeleitete Nutzung unterbinden (gelbes Szenario). Ebenso könnte sie der Verrohung des digitalen Diskurses und dem Aufheizen des politischen Klimas (rotes Szenario) entgegenwirken. Zuletzt könnte sie den gesunden und vielfältigen digitalen Austausch (grünes Szenario) fördern.

6.4 – Zukunftsfähige Finanzierungsmodelle für Journalismus im digitalen Zeitalter sicherstellen

Konkretes Beispiel: EU Data Commons

Diese Option schlägt die Regelung der Vermarktung von journalistischen Texten und Archiven auf EU-Ebene vor. Europäische Journalist:innenverbände sollten das Thema aufgreifen, und die Europäische Kommission sollte – auf dem kommenden AI Act sowie EU Data Act aufbauend – die Schaffung eines EU Data Commons anstreben. Dieses soll ein Ökosystem schaffen, in dem das Betreiben von großen Sprachmodellen im europäischen Markt nur gegen Erwerb einer entsprechenden Lizenz möglich ist.

Ziel ist es, einen fairen Markt für die Beiträge von journalistischen Medien für die Entwicklung von sprachmodellbasierter KI zu etablieren, deren Geschäftsmodelle zukunftsfähig zu machen und letztendlich ihren Ausverkauf an Tech-Giganten zu verhindern.

Die eingenommenen Gelder würden zu einem Großteil gemäß den Volumen der entsprechenden Textkorpora an Medien ausgeschüttet. Die Ausschüttung muss transparent und unabhängig überprüft werden. Diese neue Einnahmequelle könnte es kleineren Medienhäusern erlauben, wieder Tariflöhne zu zahlen, und den Journalismus als Beruf insgesamt wieder attraktiver machen. Auch könnten die entwickelten technologischen Neuerungen allen teilnehmenden Organisationen zugänglich gemacht werden. Zur Teilnahme qualifizieren sich journalistische Unternehmen, also all jene, die durch Textverkauf Einkommen generieren und die den Presseschutz genießen.

Eine Gefahr der Abwanderung von Technologie-Unternehmen (in diesem Fall von KI-Unternehmen) wurde schon vor Verabschiedung der DSGVO proklamiert, stellte sich dann jedoch als unbegründet heraus. Sie kann durch eine wirtschaftlich darstellbare Lizenzgebühr

minimiert werden. Ebenso hält der Mechanismus der Lizenzvergabe durch eine zentrale Stelle (One-Stop-Shop) den bürokratischen Aufwand auf einem Minimum und ermöglicht KI-Unternehmen eine effiziente und rechtssichere Administration. Letztendlich profitieren auch sie von einem gesunden Journalismus, der die qualitativ hochwertigen Inputs für ihre Sprachmodelle generiert.

Das EU Data Commons wäre in allen Szenarien wirksam. Es würde die Erschließung der digitalen Domäne durch traditionelle Medien und ÖRR unterstützen und Ersterer wirtschaftlich absichern. Im grünen Szenario ermöglicht ein solches Vergütungssystem das preiswerte – und daher breitflächig zugängliche – Angebot von Nachrichten-Abos. Im roten und gelben Szenario könnte eine wirtschaftlich starke vierte Gewalt der Vereinnahmung digitaler Diskursräume durch den Staat (Paternalismus im gelben, Rechtspopulismus im roten Szenario) entgegentreten. Gleichzeitig findet die EU Data Commons Anschluss an die Ambition eines einheitlichen digitalen Ökosystems, die im gelben und grünen Szenario präsentiert wird.

Die oben beschriebenen Handlungsoptionen sind das Produkt einer umfassenden Analyse und eines strukturierten Gruppenprozesses. Als solche erheben sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Leser:innen sind eingeladen, weitere Gestaltungsoptionen – insbesondere aus der Perspektive anderer relevanter kollektiver Akteur:innen – zu entwickeln, die sich eignen, den ungewissen Möglichkeitsraum proaktiv, zielorientiert und unter der systematischen Berücksichtigung von Alternativentwicklungen zu gestalten.



7 Anhang

7 – Anhang

Abkürzungen

AI Act	Artificial Intelligence Act
DESI	Digital Economy and Society Index
DSA	Digital Services Act
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
EU	Europäische Union
FDJ	Freies Demokratisches Jahr
KI	künstliche Intelligenz
ÖRR	öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Teilnehmendenliste

Cathleen Berger	Lisa Hollenbach	Christian Mihr
Hannah Bergmann	Philip Husemann	Gerret von Nordheim
Katharina Bonnenfant	Iwan Ittermann	Thorsten Thiel
Carolin von Bredow	Henriette Litta	Kai Unzicker
Charlotte Freihse	Philipp Lorenz-Spreen	

Faktorenliste

1. Folgen des Klimawandels
2. Auftreten und Management multipler globaler Krisen (Klimawandel, Naturkatastrophen, Kriege, Pandemien)
3. Geopolitische Lage (In 2035 konfliktiv oder kooperativ?)
4. Außenpolitik Russlands (Als Störmacht aktiv oder nicht?)
5. Wachsender Autoritarismus weltweit
6. Geoökonomischer Konkurrenzkampf zwischen USA, EU und China (kooperativ, kompetitiv, konfliktiv)
7. US / EU-Unterstützung für prodemokratische Bewegungen in China – nicht nur in Taiwan
8. Innenpolitische Entwicklungen und politische Stabilität in China (Instabil oder stabil?)
9. Länge und Vulnerabilität von internationalen Lieferketten für digitale Produkte und Dienstleistungen

10. Politische Stabilität EU (2035 stabil und effektiv vs. instabil und ineffektiv)
11. Resilienz der politischen Mitte gegen Polarisierung und Fragmentierung (in Deutschland und der EU)
12. Politische Priorität von digitaler demokratischer Öffentlichkeit und Demokratie
13. Polarisierung und Fragmentierung der Parteienlandschaft
14. Diskurs-, Feedback- und Kommunikationsfähigkeit sowie -strategien der öffentlichen Hand / der Verwaltung (in 2035: Diskursfähig und wirksam oder nicht?)
15. Politische Bildung (Ermöglicht mündige Teilhabe am digitalen Diskurs oder nicht?)
16. Staatliche Förderung für demokratiefördernde Formate
17. Öffentliche Förderungen von demokratiefördernden Organisationen (öffentlich-rechtlicher Rundfunk, bpb, Demokratiefördergesetz etc.) (Gering oder substantiell?)
18. Vertrauen in deutsche staatliche Institutionen und Verwaltung (Vertrauen die Bürger:innen dem Staat oder nicht?)
19. Existenz und Bedeutsamkeit von digitaler Partizipation, digitaler Teilhabe und direkter digitaler Demokratie (Substantiell oder nicht existent?)
20. Online-Plattformen (Werden Online-Plattformen zu einem digitalen Konstitutionalismus führen?)
21. Stärke der (digitalen) Zivilgesellschaft insbesondere in den Bereichen „Diskursstärkung“, „Politische Beteiligung“ und „Bekämpfung von Desinformation, Hass, Propaganda etc.“
22. Wohlbefinden (Inwiefern wird auf das Wohlbefinden in der Bevölkerung geachtet und wie beeinflusst das demokratische Prozesse?)
23. Finanzierung (Wer und wie viel?) sowie Qualität und Verankerung in der Politikberatung von Kommunikationsforschung
24. Technologische Innovationen in der Kommunikationstechnologie (z. B. LLM, Web 3.0, Quantencomputer) (Wo stehen wir 2035?)
25. Entwicklung und verantwortungsvoller (regulierter) Einsatz von KI insbesondere in digitalen Diskursräumen
26. Verbreitung und Transparenz der Wirkung von Algorithmen und Assistenten (Wie sichtbar ist die Strukturierung von Kommunikation?)
27. Problembewusstsein und technische Funktionsweisen von Plattformen zur Sicherstellung von Meinungsvielfalt und -freiheit (gegen Manipulation und Bias)
28. Marktkonzentration von Plattformen und Alternativen zu Big Tech (Wie viele Plattformen wird es geben und wer besitzt sie?)
29. Geschäftsmodelle der Kommunikationsplattformen (Personalisierte Inhalte befördern Blasen und Verzerrungen der Realität oder nicht?)
30. Wirksamkeit der Regulierung von Plattformen insbesondere mit dem Ziel, Meinungsvielfalt und -freiheit sicherzustellen (Eher erfolgreich oder nicht?)
31. Ebene und Einheitlichkeit der Regulierung von Plattformen (National, europäisch, global?)

32. Rechtsdurchsetzung im digitalen Raum (öffentliche Plattformen und private Kanäle)
33. Legen die Menschen künftig mehr oder weniger Wert auf den Schutz ihrer persönlichen Daten?
34. Ausbau von und Zugang zu digitaler Infrastruktur (Wird es flächendeckenden digitalen Zugang für alle geben?)
35. Gelingen der Energiewende (Wie viel Prozent der Energie wird aus erneuerbaren Quellen gewonnen?)
36. Wohlstand, Ungleichheit, soziale Sicherheit und empfundene Gerechtigkeit in Deutschland
37. Ausprägung der Konsumgesellschaft (Wird in 2035 deutlich weniger oder mehr konsumiert als in 2023?)
38. Mediennutzung der Bürger:innen (Wie viele und welche Bürger:innen nutzen digitale Dienste / Plattformen und wie oft?)
39. Level der digitalen Medienkompetenz, der (Schul-)Bildung im Bereich „Digitales“ (Medien, Geschäftsmodelle von Plattformen, Cybersicherheit etc.) und des technischen Verständnisses der Bürger:innen
40. Vertrauen in (digitale und analoge) Medien
41. Komposition und Repräsentation von digitalen Diskursteilnehmenden (Wer nimmt teil und wer nicht?)
42. Art der Online-Kommunikation (z. B. Nachrichtendienste vs. öffentliche soziale Medien, Klarnamen vs. Pseudonyme)
43. Ausmaß der Verzerrungen, Störfaktoren, Dysfunktionalitäten im Diskursraum (Hatespeech, digitale Gewalt, (Selbst-)Zensur, Überrepräsentation von extremen Meinungen und Äußerungen etc.)
44. Einfluss von Conspiracy-Entrepreneuren, systematischer (ggf. staatlich gesteuerter) Manipulation und Missinformationen
45. Entwicklung von Offline-Medien (Formate, Finanzierung, Qualität)
46. Unabhängigkeit und Qualität des Journalismus
47. Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Finanzierung, Wettbewerbsfähigkeit, Förderung)

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Juli 2024

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Upgrade Democracy

www.upgradedemocracy.de

Autoren

Johannes Gabriel
Marcel Hadeed

Verantwortlich

Charlotte Freihse

Gestaltung

nach morgen

Korrektorat

Paul Kaltefleiter

Zitationshinweis

Gabriel, Johannes und Marcel Hadeed. 2024.
Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit 2035.
Ergebnisbericht. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

DOI-Nummer: DOI 10.11586/2024100